

**liberal central**  
**mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes**  
**berlin-mitte**  
**ausgabe juli/august 2009**



**Herausgeber, V.i.S.d.P**

Dr. Maren Jasper-Winter  
Vorsitzende des FDP-Be-  
zirksverbandes Berlin-Mitte  
Schlegelstr. 24  
10115 Berlin  
[liberalcentral@fdp-mitte.de](mailto:liberalcentral@fdp-mitte.de)

**Distribution**

700 Stück digital (.pdf)  
200 Stück Print

**Chefredakteur**

Nils Augustin  
[augustin@liberal-central.de](mailto:augustin@liberal-central.de)

**Redakteure/Autoren**

Nils Augustin, Claudia  
Bandow, Anno Blissen-  
bach, Ingo Kamps, Kurt M.  
Lehner, Markus Löning,  
Christian Lüdtke, Katja v.  
Maur, Peter Pawlowski,  
Frauke Sander, Henner  
Schmidt

**Autoren dieser Ausgabe**

Saba Farzan, Bärbel Freu-  
denberg-Pilster, Thomas  
Lange, Bettina v. Seyfried,  
Volker Wissing, Juliane  
Wolff

**Leserbriefe**

Peter Lundkowski, André  
Schmiljun

**FDP in Mitte im Internet**

[fdp-berlin-mitte.de](http://fdp-berlin-mitte.de)  
[fdp-fraktion-mitte.de](http://fdp-fraktion-mitte.de)  
[liberal-central.de](http://liberal-central.de)  
[fdp-gendarmenmarkt.de](http://fdp-gendarmenmarkt.de)  
[fdp-ot.de](http://fdp-ot.de)  
[fdp-tiergarten.de](http://fdp-tiergarten.de)  
[fdp-wedding.de](http://fdp-wedding.de)  
[fdp-wilhelmstadt.de](http://fdp-wilhelmstadt.de)

**Bankverbindung**

FDP Mitte  
Konto 653 386 104  
Postbank Berlin  
BLZ 100 100 10

Textbeiträge mit Namens-  
zeichen geben die Meinung  
nur ihres Autors wieder,  
nicht die der Redaktion.

**liberal central**  
**mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes**  
**berlin-mitte**

**ausgabe juli/august 2009**

**[www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de)**

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde in Berlin-Mitte,

im vergangenen Monat ist mit Ralf Lord Dahrendorf ein großer Liberaler verstorben. Viele von uns haben noch vor wenigen Wochen seinen 80. Geburtstag gefeiert, und sein Schaffen war bis zuletzt Ausdruck eines tiefen und scharfen Verständnisses der gesellschaftlichen Entwicklungen, wie er auch in seinem im April erschienenen Essay „Nach der Krise: Zurück zur protestantischen Ethik?“ – [www.online-merkur.de/seiten/lp200905a.php](http://www.online-merkur.de/seiten/lp200905a.php) – mit ge-  
wohnter Klarheit zeigte.

Lord Dahrendorfs Leben, sein Geist und das Vorbild seiner In-  
tegrität bleiben uns erhalten

Die politische Arbeit in unserem Verband ist von der bevorste-  
henden Bundestagswahl geprägt. Dies wird auch schön demonst-  
riert durch die Veranstaltungen der drei Ortsverbände des Altbe-  
zirks Mitte im vergangenen Monat, wo der OV Gendarmenmarkt  
mit Lars Lindemann das Versagen der „großen“ Koalition in der  
Gesundheits- und Sozialpolitik und die liberalen Lösungskonze-  
pte zum Thema machte, der OV Hackescher Markt mit Maja  
Pfister auf ein Jahrzehnt des immer schneller voranschreitenden  
Umbaus der freiheitlichen Gesellschaft in eine Kontroll- und  
Überwachungsgesellschaft und die Notwendigkeit einer geistig-  
moralischen Wende blickte, und der OV Oranienburger Tor mit  
Volker Wissing das Scheitern der „großen Koalition“ vor der  
Herausforderung eines seriösen Umgangs mit unserer Ökonomie  
im Allgemeinen und den Staatsfinanzen im Besonderen sowie  
intelligenterer und verantwortungsvollere liberale Wege besprach.

Im August wird, wie gewohnt vor einer Wahl im Herbst, eine  
Wahlkampf-Sonderausgabe von LC mit vielen Kandidaten umfas-  
send herausarbeiten, warum es jede Stimme für die FDP braucht.

Mit liberalen Grüßen, Nils Augustin

Worauf es ankommt, ist, dass vor lauter Kon-  
junkturpaketen und Rettungsschirmen der Blick  
auf die Zeit nach der Krise nicht getrübt wird. In  
diesen Jahren entscheidet sich, in welcher Welt  
die nächste Generation der Bürger freier Gesell-  
schaften leben wird.

Ralf Lord Dahrendorf

## Lagebericht der Vorsitzenden

# Mut zum Dialog auf der Straße

*von Maren Jasper-Winter*

Anlässlich des Todes von Lord Dahrendorf ging ein Bild durch die Presse: Dahrendorf mit Rudi Dutschke am Rande eines FDP-Bundesparteitags im Jahr 1968. Dieses Bild symbolisiert den Mut zum Dialog - auch bei unterschiedlichen Ansichten - den Lord Dahrendorf ebenso wie Rudi Dutschke hatten. Wir bedauern den Tod eines großen Liberalen.



Was viele von uns nicht wissen, ist, dass unser Mitglied im Bezirksverband, Erwin Loßmann, zunächst gegen den Willen der Bundespartei, diesen Dialog als Jungdemokrat zusammen mit Gerhard Baum (damaliger Vorsitzender der Jungdemokraten) und Heiner Bremer organisierte. Die Partei drohte, als bekannt wurde, dass ein solcher Dialog geplant wurde, den dreien mit Parteiausschluss.

Für Dutschke wurde die Sache erst in diesem Moment interessant: Er sagte zu. Unser Parteifreund Loßmann war es, der den VW und die Mikrofonanlage organisierte und zusammen mit Hermann Oxfort dafür sorgte, dass die Delegierten des Parteitags nach draußen kamen. Es wurde dann zum Riesenerfolg für die FDP.

Diese Begebenheit, die mir unser Parteifreund Loßmann noch einmal aus seiner persönlichen Sicht erzählte, sollte uns alle anregen, noch mehr Mut zum Gespräch mit Menschen zu haben, die (noch) nicht unserer Ansicht sind.

Auf der Straße haben wir Gesicht und Dialogfähigkeit am Sonntag, 28. Juni 2009, gezeigt. Kurzfristig hat der Bezirksverband Mitte durch David Issmer es geschafft, dass der Sommertruck der Bundespartei einen Stopp in Berlin einlegt. Ähnlich wie beim Silvana-Truck im Europawahlkampf hielt ein LKW mit Zelt auf dem Vorplatz des Hauptbahnhofs. Unser Bundestagswahlkampfmanager Volker Imhoff und sein Team organisierten Programm und Kaffee und Gebäck für die Passanten. Es stellte sich heraus, dass der Platz gut gewählt war - viele Menschen kamen zu unserem Stand.

Helmut Metzner moderierte gewohnt souverän und unterhaltsam - ihm gebührt großer Dank. Unsere Interviewgäste waren Helmut Königshaus, Hanaa El-Hussein und Peter Schantz, die die Passanten mit interessanten Dialogen und Kurzinterviews über aktuelle Themen informierten. Der Truck zeigt, dass es wichtig und möglich ist, auch zwischen den Wahlkämpfen Gesicht zu zeigen und liberale Ideen zu diskutieren.

Inhaltlich diskutiert wurde auch auf unserem letzten Bezirksausschuss: wir haben Anträge zur historischen Mitte Berlins beschlossen, ebenso wie eine Änderung des Berliner Wahlrechts zum Kumulieren und Panaschieren auf Listen für die Abgeordnetenhaus- und BVV-Wahlen. Auch in dieser Änderung des Wahlrechts findet sich der Gedanke „Mut zum Dialog“ wieder. Indem wir befürworten, dass der Bürger Einfluss auf die Reihenfolge der Parteilisten haben können soll, begeben wir uns hinaus aus der Partei in den Dialog mit dem Wähler. Die Partei macht ein Angebot, dass die Bürger annehmen oder abändern können. Der Bezirk Mitte wird in den kommenden Wochen mit dem detaillierten Papier auf unsere Abgeordnetenhausfraktion und die Landespartei zugehen getreu dem Motto: Mut zum Dialog.

Bevor wir im August und September in die heiße Wahlkampfphase eintreten, wünsche ich Ihnen und Ihren Familien eine schöne Sommer- und Urlaubszeit. Bitte merken Sie sich schon jetzt einige Termine vor: am 28. August 2009 können Sie auf dem Sommerfest des Bezirksverbands Mitte den Berliner Spitzenkandidaten der FDP zur Bundestagswahl, Martin Lindner, treffen. Generalsekretär Dirk Niebel kommt kurz darauf am 01. September nach Mitte. Eine weitere inhaltliche Veranstaltung mit Daniel Bahr MdB zu Gesundheitspolitik ist in Planung. Wir werden Sie rechtzeitig informieren.

---

*Dr. Maren Jasper-Winter (OVOT) ist Vorsitzende des FDP-Bezirksverbandes Mitte*

Am 27. September  
2009  
ist Bundestagswahl

## Kommentar aus Mitte

# Die Patientenverfügung

von *Bärbel Freudenberg-Pilster*

Wir erinnern uns alle noch an den Fall der US-Amerikanerin Terry Schiavo, die eine durch Sauerstoffmangel ausgelöste schwere Gehirnschädigung erlitten hatte und sich infolge dessen 15 Jahre lang im Wachkoma befand. Der Ehemann wollte im Jahr 2005, dass die automatische Nahrungszufuhr abgeschaltet wird, die Eltern waren dagegen. Letztlich konnte sich der Ehemann vor den Gerichten durchsetzen mit der Folge, dass die Patientin verstarb. In diesem Zusammenhang wurde damals auch in Deutschland über Patientenverfügungen diskutiert und die Frage, wie der Fall hier entschieden worden wäre.

In Deutschland haben inzwischen etwa 8 bis 10 Millionen Bürgerinnen und Bürger eine Patientenverfügung unterschrieben, in denen sie festgelegt haben, wie sie bei einer schweren Krankheit medizinisch behandelt werden wollen, wenn sie sich selbst nicht mehr äußern können. Darüber, inwieweit diese Patientenverfügungen rechtlich verbindlich waren, wurde lange heftig diskutiert. Der Bundesgerichtshof hat in seinen Entscheidungen aus den Jahren 2003 und 2005 die Bedeutung des Selbstbestimmungsrechts bei ärztlichen Maßnahmen und die Verbindlichkeit einer Patientenverfügung bestätigt. Dennoch bestand in der Praxis zum Teil große Unsicherheit im Umgang mit Patientenverfügungen, so dass der Ruf nach einer gesetzlichen Regelung immer lauter wurde.

Nach jahrelangen Diskussionen und Beratungen hat der Bundestag nun endlich am 18. Juni 2009 mit einer Mehrheit von 315 von 555 Abgeordneten einen von den Abgeordneten Joachim Stünker (SPD) und Michael Kauch (FDP) eingebrachten Gesetzentwurf verabschiedet. 233 Abgeordnete stimmten dagegen.

Der Wille des Patienten bei der Anwendung lebensverlängernder Maßnahmen verpflichtet, so lautet der Grundsatz des neuen Gesetzes, das in das Betreuungsrecht des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) eingearbeitet wird. Lediglich Festlegungen in einer Patientenverfügung, die auf eine verbotene Tötung auf Verlangen gerichtet sind,

bleiben unwirksam. Voraussetzung für die Wirksamkeit einer Patientenverfügung ist die Schriftform, besonders schwerwiegende Entscheidungen, insbesondere, wenn es um ärztliche Maßnahmen geht, müssen bei Zweifeln über den Patientenwillen vom Vormundschaftsgericht genehmigt werden.

Neben dem vom Bundestag beschlossenen Gesetzentwurf lagen zwei weitere Gesetzentwürfe vor. Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Wolfgang Bosbach, wollte, dass der Grad der Verbindlichkeit einer Patientenverfügung danach bewertet würde, ob diese nach Beratung durch einen Arzt und einen Notar abgefasst wurde oder nicht. Außerdem durfte sie nicht älter als 5 Jahre sein. Nach dem Willen des CSU-Abgeordneten Wolfgang Zöller, sollten auch mündliche, etwa durch Zeugen übermittelte Bekundungen Geltung haben.

Letztlich haben sich die Abgeordneten, im übrigen ohne Partei- und Fraktionszwang, für eine praktikable Lösung ausgesprochen. Dadurch sind Unsicherheiten bei Ärzten und Patienten beseitigt worden.

Natürlich gibt es auch Kritik an dem Gesetzesbeschluss. Vielen geht die Regelung nicht weit genug, sie hätten die von dem Abgeordneten Bosbach vorgeschlagene Formulierung bevorzugt. Andere meinen, das neue Gesetz gehe von einer zu eng gefassten Vorstellung von Selbstbestimmung aus. Wie dem auch sei. Das Gesetz entspricht den freiheitlichen Grundsätzen der FDP. Der Staat kann und darf vor allen Dingen nicht alle Phasen des Lebens gesetzlich regeln. Vielmehr muss es den Bürgerinnen und Bürger überlassen werden, wie sie ihr Leben leben, und ob sie Vorkehrungen für den Fall treffen wollen, dass sie einmal nicht mehr selbst entscheiden können. Das Abfassen einer Patientenverfügung bedeutet für jeden einzelnen, Verantwortung zu übernehmen, sich umfassend zu informieren und beraten zu lassen und möglichst genau aufzuschreiben, was und für welchen Fall was gewollt ist und was nicht. Das ist die Selbstbestimmung, der das neue Gesetz Geltung verschafft.

---

*Bärbel Freudenberg-Pilster (OV Gendarmenmarkt), Staatssekretärin a.D.*

Gastkommentar

## Die richtigen Konsequenzen aus der Finanzkrise ziehen

von Volker Wissing

Für viele Menschen ist die Finanzkrise ein Beleg für das Versagen des Marktes. Dieser Theorie zufolge, wurde der Zusammenbruch der Finanzmärkte einzig und allein von ebenso zügel-, wie morallosen Finanzmanagern verursacht, die sich von der Gier nach immer höheren Renditen getrieben in immer waghalsigere Investitionen gestürzt haben. Dieses Bild mag in Teilen stimmen, es lässt aber wesentliche Aspekte und Verantwortlichkeiten völlig außer Acht.

So wird die Rolle des Staates bei diesen Betrachtungen schnell übergegangen. Dabei war der Staat bereits im Vorfeld der Finanzkrise ein entscheidender Akteur. Er hat die gesetzlichen Grundlagen für die Finanzaufsicht sowie die Finanzmarktregulierung bestimmt. Der Staat ist nicht nur Zuschauer, er ist vor allem Schiedsrichter und Wächter. Es ist seine ureigenste Aufgabe, Marktregeln zu definieren und auf deren Einhaltung zu achten. Finanzmanager haben deshalb vor den Augen des Staates versagt. Die öffentliche Hand trägt zwar keine Schuld an unternehmerischen Fehlentscheidungen, aber den Staat trifft eine Mitverantwortung. Sowohl im privaten wie im öffentlichen Sektor gilt: wer Aufsicht führt, trägt Verantwortung.

Die staatliche Finanzaufsicht hatte sehr früh Hinweise auf die Liquiditätsprobleme bei der Hypo Real Estate erhalten. Sie hat das Unternehmen schon Anfang 2008 geprüft, beachtliche Mängel festgestellt und Berichte an das Finanzministerium geschickt. Geschehen ist nichts. Die staatlichen Aufsichtsstrukturen haben durch ihr Unterlassen einen Beitrag dazu geleistet, dass die Krise der Hypo Real Estate nicht früher konsequent angegangen wurde. Aus einem ernststen Problem wurde eine echte Krise.

Das von der Bundesregierung gerne bemühte Bild des Staates als omnipotenter Retter der Finanzmärkte lässt sich nicht aufrechterhalten.

Die Finanzaufsicht hat von den Fehlentwicklungen der Märkte erfahren aber nicht die notwendigen Schritte unternommen, um Schaden abzuwenden. Deshalb ist die Finanzkrise eine Staats- und eine Marktkrise. Während das Marktversagen in der öffentlichen Debatte zu Recht einen breiten Raum einnimmt, wird das Staatsversagen leider weitgehend totgeschwiegen.

Dabei gibt es gerade in diesem Bereich sehr viel aufzuarbeiten. So hat das Bundesministerium der Finanzen nicht nur die Warnhinweise der Finanzaufsicht wenig ernst

genommen, auch das Krisenmanagement selbst war alles andere als professionell. Beim Zusammenbruch der Hypo Real Estate haben zunächst die privaten Banken nach einer Lösung gesucht. Erst zu einem späten Zeitpunkt wurde die Bundesregierung hinzugebeten und hat dann innerhalb weniger Stunden eine Milliardenbürgschaft auf den Weg

gebracht. Was in Öffentlichkeit gerne als entschiedenes Handeln dargestellt wird, ist nichts anderes als ein sehr leichtfertiger Umgang mit Steuergeldern.

Die Bundesregierung hat weder eine eigene Prüfung der Risiken der HRE durchgeführt, noch wurden die zuständigen Fachabteilungen zu Rate gezogen. Alternativen zur Rettung wurden erst im Nachhinein geprüft. In Anbetracht der Milliardensumme mit der die Bürgerinnen und Bürger für das Unternehmen haften, ist das eine grobe Sorgfaltswidrigkeit.

Die Ursache des Staatsversagens ist in letzter Konsequenz nichts anderes als ein Politikversagen, das dringend aufgearbeitet werden muss. Die SPD stellt seit 11 Jahren den Bundesminister der Finanzen, seit 11 Jahren ist sie damit für die Finanzaufsicht und die Finanzmarktgesetzgebung verantwortlich. Wenn es in diesem Bereich Defizite gab oder gibt, sind es die Defizite sozialdemokratischer Politik. Es ist höchste Zeit, dass die SPD sich ihrer Verantwortung stellt.



---

*Dr. Volker Wissing MdB (LV Rheinland-Pfalz),  
Obmann der FDP-Bundestagsfraktion im 2.  
Untersuchungsausschuss Hypo Real Estate sowie  
im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages*

## Zum Thema

# Falsches Spiel mit Überhangmandaten

von *Thomas Lange*

Übereilig wollten manche am 3.7.2009 das Wahlrecht ändern. Damit Schwarz-Gelb keinesfalls durch Überhangmandate die BT-Wahl gewinnt (Chance von 90 % mit, 66% ohne Überhangmandate)? Das Urteil des BVerfG vom 3.7.2008 (2 BvC 1.07) war der Ausgangspunkt des Gesetzesentwurfes der BT-Grünenfraktion vom 11.2.2009, wonach Regelungen des Bundeswahlgesetzes zu Überhangmandaten mit dem Ziel ihrer nahezu völligen Abschaffung geändert werden sollen. Durch die pressewirksame Befürwortung der sofortigen Wahlrechtsänderung durch führende Mitglieder der SPD und den ehemaligen Bundesverfassungsrichter Mahrenholz wurde das Urteil unredlich instrumentalisiert.



Es hat nämlich nicht festgestellt, dass die Regelung zu Überhangmandaten an sich, sondern nur der Effekt des „negativen Stimmgewichts“ im Zusammenhang mit diesen verfassungswidrig war und ist. Überhangmandate entstehen, wenn eine Partei in einem Land mehr Direktmandate erzielt, als ihr nach dem Zweitstimmenergebnis zufallen würden. Ein negatives Stimmgewicht gibt es seltener durch einen Zuwachs an Zweitstimmen bei einem Sitzverlust der Landeslisten oder einem Verlust an Zweitstimmen, der zu einem Zuwachs an Sitzen der Landeslisten führt.

Im Hinblick auf die „hohe Komplexität des Regelungsauftrages und unter Berücksichtigung der gesetzlichen Fristen zur Vorbereitung einer Bundestagswahl“ hat das BVerfG eine Frist bis 30.6.2011 gesetzt und es ausdrücklich für „unangemessen“ gehalten, dem Gesetzgeber aufzugeben, das Wahlrecht rechtzeitig (Abschluss der Gesetzgebung bis spätestens April 2009!) „vor Ablauf der gegenwärtigen Wahlperiode zu ändern“. Ein derart kurzer Zeitraum hätte die Möglichkeit gefährdet, das "kaum noch nachzuvollziehende Geflecht" der Sitzzuteilungsbeurteilung nach nötiger Überlegung und Erörterung auf eine verständliche Grundlage zu stellen - so das Urteil, wenn man richtig liest.

---

*Thomas Lange (OV Tiergarten)*

## Zum Thema

# Die Protestbewegung im Iran

von *Saba Farzan*

Seit dem 13. Juni ist im Iran nichts wie es vorher war. Nach einer im großen Stil gefälschten Präsidentenwahl begann eine friedliche Protestbewegung der iranischen Bevölkerung und eine brutale Niederschlagung durch das herrschende Regime.



Wer vor diesen Ereignissen das System der Islamischen Republik noch schön geredet hat musste nun die rosarote Brille abnehmen und die Realität sehen. Wer die iranische Gesellschaft mit der politischen Führung gleichgesetzt hat musste auch hier die wichtigste Tatsache überhaupt erkennen: Iran, das ist eine moderne, westlich orientierte und gebildete Gesellschaft, die von einer rückständigen und hochgradig aggressiven Diktatur regiert wird.

Und wie wird es jetzt weitergehen? Aufschlussreich ist ein Brief von einigen hohen Funktionären der Revolutionsgarden an Mohsen Resai, der in seinem Protest gegen den Wahlbetrug sehr schnell eingeknickt ist. In diesem Schreiben fordern diese Funktionäre, ihre Namen sind öffentlich nicht bekannt, Resai auf das iranische Volk nicht im Stich zu lassen und sich weiter für die Protestbewegung einzusetzen.

Dass ausgerechnet ein Teil der paramilitärischen Elite sich an Resai, der über 18 Jahre Chef der Revolutionsgarden war, wendet und die Proteste der iranischen Bevölkerung unterstützt, zeigt wie es tatsächlich im inneren Führungskreis der Islamischen Republik aussieht. Nicht wenige innerhalb der paramilitärischen Struktur würden gerne zur anderen Seite überlaufen. Dieser Prozess wird sicher nicht über Nacht geschehen, aber er hat begonnen und ist unumkehrbar.

Der Westen sollte sich nun sehr gut überlegen wie mit der Islamischen Republik umzugehen ist und wie man am effektivsten diese Freiheitsbewegung unterstützen sollte. Die Iraner rufen in den Nächten weiter von ihren Dächern Gott ist groß (Allah -o Akbar). In Teheran und anderen Städten des Landes.

---

*Saba Farzan (OV Wedding)*

Aus dem Abgeordnetenhaus

## Linksextremismus, Umweltzone, Schuldenmachen

von *Henner Schmidt*

Die letzte Sitzung vor den Ferien beschäftigte sich mit den linksextremistischen Anschlägen auf Autos und auf so genannte „Luxuswohnprojekte“ sowie der versuchten Besetzung des Flughafens Tempelhof. Die linksextremistische Gewalt ist ein wichtiges Thema für die Zukunft unserer Stadt: Wir können nicht zulassen, dass eine Minderheit durch Anwendung von Gewalt festlegt, wer welches Auto fahren darf, wer wo wohnen darf und wer sich in welchem Teil der Stadt aufhalten darf.



Gespannt war ich auf die Stellungnahme der Grünen, die zum Teil keine klare Gegenposition zu den Anschlägen vertreten wollen, weil diese bei der eigenen Kreuzberger Klientel durchaus Sympathien finden. Man kann aber schlecht gleichzeitig die Porschefahrer im Prenzlauer Berg und die Porscheanzänder in Kreuzberg hofieren. Als Herr Ratzmann in der Debatte erfreulich eindeutig Position für den Rechtsstaat bezog, warf ihm anschließend die taz vor, die grüne Kernklientel zu brüskieren und einen „Bionade-Boulevard“ zu vertreten. Die Grünen konnten sich diesmal nicht mit dem gleichzeitigen Vertreten diametral entgegengesetzter Positionen durchmogeln.

Vor der Sommerpause habe ich weitere Anträge zur Umweltzone eingebracht, um rechtzeitig vor der zweiten Stufe der Umweltzone im Januar weitere Alternativen zu entwickeln. Diesmal ging es um eine bessere Koordination und Bündelung des Wirtschaftsverkehrs mit Hilfe moderner Technik. Die FDP-Fraktion hat außerdem den Senat aufgefordert, endlich einmal Maßnahmen zu entwickeln und zu priorisieren, die es ermöglichen, unter den von der EU gesetzten Grenzwerten der Belastung zu bleiben – die Umweltzone leistet ja nur einen sehr geringen Beitrag gegen Feinstaub und Stickoxide.

Der Nachtragshaushalt wurde von der Koalition mit 700 Mio. zusätzlichen Schulden beschlossen – kein guter Start in die Sommerpause und ein Vorgeschmack für die anstehenden Beratungen zum Haushalt 2010/2011.

---

*Henner Schmidt MdB (OV Gendarmenmarkt),  
Stellv. Vorsitzender des BV Mitte*

Aus der Landespartei

## Wahlkampf: zweite Runde

von *Katja v. Maur*



Die Europawahl ist mit Bravour geschafft; jetzt steht der Bundestagswahlkampf vor der Tür. Die Europawahl ist für die Berliner FDP mit dem bestmöglichen Ergebnis ausgegangen: Wir sind durch Alexandra Thein zum ersten Mal mit einer eigenen Abgeordneten im Europäischen Parlament vertreten, die dort unmittelbar unsere Interessen wahrnehmen wird - und: die Stimmung ist gut für die liberale Sache, wir konnten überall zulegen.

Das lässt hoffen, bedeutet aber auch, dass wir bis zum 27. September am Ball bleiben müssen. Der Landesverband steckt mitten in der Wahlkampfplanung. Ein kleines schlagkräftiges Wahlkampfteam, bestehend aus dem Landesvorsitzenden Markus Löning, dem Spitzenkandidaten Martin Lindner, dem stellvertretenden Vorsitzenden und Nummer 2 der Landesliste Lars Lindemann, der Landesschatzmeisterin Heidi Knauth und der Landesgeschäftsführerin Sibylle Meister, hat die Koordinierung und das Feintuning übernommen.

Sichtbarstes Zeichen und Hauptwahlkampfmittel sind diesmal die als «Wesselmänner» bekannten Großflächen, von Bundes- und Landespartei deshalb großzügig gesponsert. Veranstaltungen stehen beim Bundestagswahlkampf traditionell nicht so sehr im Vordergrund. Hier ist es an den Bezirks- und Ortsverbänden, ihr liberales Klientel unmittelbar anzusprechen, wie es im Straßenwahlkampf bereits erfolgreich über Wahlkampfstände geschieht. Auch hier gilt vor allem: sichtbar sein und Flagge zeigen.

Inhaltlich gilt es, den Wählerinnen und Wählern unser klares Profil zu vermitteln und deutlich zu machen, dass beispielsweise die Grünen in Wirklichkeit keinen «Heiligenschein» besitzen wie sie es so gerne glauben machen wollen. Die Freiheit, Bürgerrechte und Selbstverantwortung kommen dort praktisch nicht vor. Auch dort wird in Wahrheit nur nach Wegen gesucht wie der Staat die Bürgern am besten von der Verantwortung befreien kann.

---

*Katja v. Maur (OV Tiergarten) ist Beisitzerin  
im Landesvorstand der Berliner FDP*

Berichte aus Mitte

## FDP will Aufklärung über die Freiraumkapazitäten

*Peter Pawlowski für die BVV-Fraktion*

Die BVV hat im Juni den Antrag der FDP beschlossen, in dem das Bezirksamt aufgefordert wurde, alle nicht genutzte Räume an Schulen, Bibliotheken und Rathäusern aufzulisten. Diese Offenlegung soll den Bezirksverordneten als Grundlage für die evtl. Unterbringung von Jugendeinrichtungen und anderen Institutionen in den besagten Räumlichkeiten dienen. Der Bezirk Mitte stellt verschiedenen Beratungsstellen, Jugendclubs und anderen Institutionen unentgeltlich Räume zur Verfügung. Angesichts der dramatischen Haushaltslage des Bezirkes, müssen alle Einsparmöglichkeiten in Betracht gezogen werden. Es wäre unverantwortlich, Institutionen zu subventionieren, in dem man ihnen die Miete erlässt, und gleichzeitig Räume in eigenen Gebäuden ungenutzt stehen zu lassen. Darüber hinaus setzt die FDP-Fraktion auf Synergieeffekte, die durch Unterbringung von Jugendeinrichtungen in Schulräumen entstehen.

**Das Hansaviertel bekommt eine Erhaltungssatzung** – Das denkmalgeschützte Hansaviertel zählt zu den wertvollsten architektonischen Ensembles Berlins. Obwohl erst 50 Jahre alt, ist der bauliche Zustand vieler Gebäude sehr schlecht. Das liegt u.a. an den innovativen Bautechniken, die man im Rahmen der internationalen Bauausstellung ausprobiert hat, die jedoch noch nicht ausgereift waren. Heute bedarf das Hansaviertel umfangreicher Instandsetzungsmaßnahmen, die die finanziellen Möglichkeiten der Eigentümer übersteigern. Eine mögliche Lösung des Problems könnte die Aufnahme des Hansaviertels in das Programm Städtebaulicher Denkmalschutz sein. Würde das Hansaviertel in das Programm aufgenommen, wäre eine gezielte Förderung von Baumaßnahmen in der Kooperation und mit finanzieller Beteiligung der Eigentümer möglich. Eine Voraussetzung dafür ist jedoch die Aufstellung der sog. Erhaltungssatzung für das geförderte Gebiet. Genau das hat die FDP-Fraktion beantragt. Und dies mit Erfolg! „Jetzt werden wir uns direkt an unsere Fraktion im Abgeordnetenhaus wenden, um weitere Schritte zur Rettung des Hansaviertels einzuleiten. Dabei setzen wir auf eine Kooperation mit der SPD, den Linken und den Grünen, die unseren Antrag in der BVV bereits unterstützt haben“ – so der Initiator des Antrages, Peter Pawlowski.

## Historische Mitte bebauen

*Kurt M. Lechner für den Bezirksausschuss*

Beim Bezirksausschuss am 15. Juni stand neben Berichten aus dem Bezirksvorstand von Maren Jasper und aus dem Abgeordnetenhaus von Henner Schmidt die Antragsberatung im Vordergrund. Der BA beschloss, die angedachte Bebauung brach liegender Flächen in der historischen Mitte Berlins zu begrüßen. Ein zukünftiges Planungskonzept soll einer Mischung aus moderner als auch kritisch-rekonstruktiver und historischer Architektur gegenüber offen sein, die historische Stadtstruktur kenntlich machen und kleinteilige Teillösungen schaffen, sowie eine ausgewogene Mischung aus Wohnen, Büronutzung, Handel, Gastronomie sowie kultureller und anderer öffentlicher Nutzung anstreben. Der BA fordert vom Senat die Entwicklung eines neuen und intelligenten Verkehrskonzeptes für den zentralen Bereich von Museumsinsel und zukünftigem Humboldt-Forum. Das Verkehrskonzept muss dem Zusammenhang von Humboldt-Forum, Lustgarten, Museumsinsel und Einheitsdenkmal Rechnung tragen. Desweiteren sprach sich der BA für eine Änderung des Berliner Wahlrechts aus, wie sie zum Teil auch den Vorschlägen des Vereins „Mehr Demokratie e.V.“ entsprechen. So sollen Mehrmandatswahlkreise geschaffen und begrenzt offene Parteilisten vorgesehen werden, die das Kumulieren und Panaschieren der Wählerstimmen ermöglichen. Schließlich sprach sich der BA auf Antrag der Julis gegen das seit dem 01.01.09 geltende Alkoholkonsumverbot auf dem Alexanderplatz und auf anderen Plätzen in Berlin-Mitte aus. Die FDP fordert stattdessen die konsequente Durchsetzung bestehenden Rechts sowie generell erweiterte Präventionsarbeit und spricht sich gegen eine kurzsichtige Verbotskultur aus.

## Bundestagskandidat

*Ingo Kamps vom OV Gendarmenmarkt*

Während Dr. Martin Lindner als Berliner Spitzenkandidat für den Bundestag pointiert liberale Wirtschaftspolitik vertritt, besetzt Lars Lindemann mit der Sozial- und Gesundheitspolitik ein weiteres Kompetenzthema der Berliner Liberalen, das in der Öffentlichkeit bisher weniger wahrgenommen wurde. Grund genug, Herrn Lindemann zu unserer letzten Ortsverbandssitzung im Juni einzuladen. Vor gut besetzter Kullisse stellte Herr Lindemann zunächst seine Sichtweise auf das Thema und seine Pläne als Bundestagskandidat vor. Anschließend begann



eine lebhafte und in Teilen durchaus kontroverse Diskussion, in deren Verlauf Herr Lindemann auch kritische Nachfragen überzeugend beantworten konnte. Wir wünschen Herrn Lindemann viel Glück für alle anstehenden Aufgaben.

## Kampf um das Internet

*Nils Augustin vom OV Hackescher Markt*

Auf der monatlichen Mitgliederversammlung des OV Hackescher Markt war im Juli Maja Pfister zu Gast, die Vorsitzende des LV Net der FDP ist und die jüngst den erfolgreichen Antrag gegen Internetsperren auf dem Bundesparteitag begründet hatte. In höchst angeregter Runde diskutierten Mitglieder und Interessenten mit der anerkennend als „liberales Goldstück“ titulierten Referentin bis weit nach Mitternacht über eine Welt, in welcher weite Teile der Politik keinen Bezug zur Lebensrealität der Menschen in der Internet-Gesellschaft haben, und in der freiheitsfeindliche Überwachungsfantasien statt Sachgerechtigkeit regieren. Allseitige Einigkeit bestand, dass die FDP keinen Koalitionsvertrag im Bund unterzeichnen darf, welcher nicht diese Fehlentwicklungen korrigiert.

## In Zeiten der Krise

*Juliane Wolff vom OV Oranienburger Tor*

Trotz des Stress' der letzten Sitzungswoche hatte sich Otto Fricke, MdB, am 2. Juli Zeit für ca. 30 OT-Mitglieder, -Freunde und -Interessierte genommen, um in den Räumlichkeiten der neuen Scheel-Ausstellung des TDH zum Thema „Staatshaushalt in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise“ zu referieren. Zunächst machte er uns die Dimension der Staatsverschuldung von 1,7 Bio. € bei gerade mal 250 Mrd. € jährlichen Einnahmen klar. Schuld an der aktuellen Krise ist, neben Versäumnissen aus elf Jahren SPD-Finanzminister, die Mentalität aller Beteiligten von Bankern bis hin Kleinanlegern, zunächst Risiken auszublenden um maximale Profite zu erzielen und in der jetzigen Situation nach dem deutschen Staat zu rufen. Das Phänomen bleibt gleich – egal ob Subprime- oder Geldanlagen in Island. Mögliche Lösungswege seien nun Konjunkturpakete, Steuersenkungen, Ausgabenkürzungen (Nicht mit dem Rasenmäher, sondern dem Vertikutierer arbeiten!) und Inflation. Die abschließende Diskussion fiel Dank der nächtlichen Abstimmungen auf der Bundestagsagenda leider sehr kurz aus, doch konnte der Abend bei Wein und netten Gesprächen schön ausklingen.

## Stadtentwicklung in Mitte

*Katja v. Maur vom OV Tiergarten*

Special Guest beim traditionellen politischen Brunch des OV Tiergarten (das Original) war im Juni nun endlich Bezirksstadtrat Ephraim Gothe. Er erläuterte der äußerst interessierten zahlreichen Zuhörerschaft am Beispiel der Quartiere Heidestrasse, Luisenstadt und Mauerpark die stadtplanerischen Ziele und Möglichkeiten des Bezirks Mitte. Die Präsentation an Hand von historischen, aktuellen und zukunftsweisenden Karten und Plänen war spannend, plastisch und nachvollziehbar. Es wurde deutlich, dass im Quartier Heidestrasse (nahe dem Hauptbahnhof) wegen der bestehenden Bebauung die notwendige klare Ost-West-Achse leider nicht mehr möglich sein wird. Für eine koordinierte Planung der Luisenstadt wird es entscheidend darauf ankommen, mit der BVV und dem Bezirksamt Kreuzberg an einem Strang zu ziehen. Ephraim Gothe äußerte sich schließlich auch noch zum Hansaviertel (zur Freude des anwesenden Vorsitzenden des Bürgervereins Ulrich Greiner) und zur Arminiusmarkthalle, denen er jeweils Potenzial zusprach. Fazit: Politisch gibt es für eine lebenswerte Umgebung in Mitte unendlich viel zu tun. Die FDP Fraktion in der BVV braucht hier noch viel Unterstützung aus der Partei.

## Frischer Wind

*Bettina v. Seyfried vom OV Wedding*

Nach erfolgreichen Aktionen zum Europawahlkampf samt freundlichem Hai BRUCE rüstet das neue Team im Wedding zu weiteren Taten. Dabei wird das gesellige Miteinander beim Sommerevent am 24. Juli sich Gewissheit über die Frage verschaffen: ‚Gutes Wedding, schlechtes Wedding‘ (Prime-Time-Theater, 20 Uhr Müllerstrasse) Weitere Gäste sind herzlich willkommen, bitte bei uns melden! Auch andere Gebiete des Bezirkes wollen wir genauer unter die Lupe nehmen. Mit Saba Farzan aus dem Iran und Nikita Höll mit ukrainischer Familie ergeben sich aktuelle Themenfelder, die ebenfalls ins Zentrum des Interesses rücken und bereits tatkräftig in Angriff genommen wurden: Der Termin 9. Juli im AGH wird noch gesondert mitgeteilt. Auch die Arbeit unserer BVV-Fraktion ist uns von größtem Interesse und soll die gebührende Aufmerksamkeit erhalten. Nach wohlverdienter Sommerpause melden wir uns kreativ, konstruktiv und aktiv Ende August zurück.

## Personalien

(au) **Walter Scheel** (Gendarmenmarkt), Bundespräsident a.D., feierte seinen 90. Geburtstag.



(au) Gewohnt fröhlich bunt zu ging es auf dem Wagen der Jungen Liberalen zur Christopher Street Day Parade. Foto von links unsere frisch gewählte Europaabgeordnete **Alexandra Thein** (Steglitz-Zehlendorf), die Stellv. Landesvorsitzende **Nikoline Hansen** (Friedrichshain-Kreuzberg), AGH-Fraktionschef **Christoph Meyer** MdB aus Charlottenburg-Wilmersdorf.

(kvm/au) Der FDP-Sommer-Wahlkampf-Truck hatte im Juni einen Halt am Berliner Hauptbahnhof gemacht, Dank dem JuLi-Landesvorsitzenden **David Issmer** (Gendarmenmarkt). Für das Wahlkampfteam des BV Mitte konnte Bezirkswahlkampfleiter **Volker Imhoff** (OT) weiteren Dank sagen an den Moderator (und Leiter Strategie und Kampagnen im TDH) **Helmut Metzner** aus Charlottenburg-Wilmersdorf, Bundestagskandidaten **Peter Schantz** (Charlottenburg-Wilmersdorf) und **Hanaa El Hussein** aus Tempelhof-Schöneberg, **Hellmut Königshaus** MdB (Treptow-Köpenick). Unser Abgeordneter **Henner Schmidt** MdB (Gendarmenmarkt) vertrat die AGH-Fraktion, Besucher etwa Landeschatzmeisterin **Heidi Knauthe** (Charlottenburg-Wilmersdorf), aus dem Landesvorstand ferner Bezirksschatzmeisterin **Katja v. Maur** (Tiergarten) und **Paul Fredsdorf** (Spandau), der Bezirksvorsitzende **Dieter Schramm** und Landesgeschäftsführerin **Sibylle Meister** (beide Reinickendorf). Werk tätig **Agnes Ciuperca** (Hackescher Markt) unermüdlich Kaffee kochend, **Bärbel Freudenberg-Pilster** aus Gendarmenmarkt, Bezirksvorstandsmitglied **Nils Augustin** (Hackescher Markt) beim Kaffeeausschank.

(au) Als Redner einer Demonstration gegen das Gesetz für Web-Sperren hat unser Stellv. Fraktionsvorsitzender im AGH, **Björn Jotzo** (Charlottenburg-Wilmersdorf), der Freiheit und dem Ansehen der FDP wohl getan, jenes „Zensurgesetz“ als „dumm, dreist und gefährlich“ kritisiert.



(au) Schlechte Nachrichten für alle Junggesellen: Unsere Bezirksvorsitzende **Maren Jasper** (Foto, OT) hat ihren langjährigen Lebensgefährten geheiratet und heißt jetzt **Maren Jasper-Winter**.

(au) Im Juni empfing unser stellv. Bezirksvorsitzender **Henner Schmidt** MdB (Gendarmenmarkt) Vertreter der „Bürgerinitiative Wilhelmstraße“. Nachdem Schmidt das Thema der BI (Umwandlung von Mietwohnungen in Ferienwohnungen) durch parlamentarische Initiativen aufnahm, prangt jetzt auf deren Webseite sein Bild unter der Überschrift „FDP mit offenem Ohr“. In a separate development, Mr. Schmidt earned credentials as an international expert on wild boar hunting in urban environments: Eine belgische Wissenschaftlerin war durch einen MoPo-Artikel auf Schmidts Vorschläge zur Bekämpfung der Wildschweinplage in Berlin aufmerksam geworden und bat Schmidt, zu ihrer Studie „Wildschweinmanagement“ im Auftrage des belgischen Umweltministeriums beizutragen.

(au) Die liberale ALDE-Fraktion im neu gewählten Europäischen Parlament hat zu ihrem neuen Vorsitzenden den ehemaligen belgischen Ministerpräsidenten **Guy Verhofstadt** gewählt. Erster Stellvertreter ist **Alexander Graf Lambsdorff**, der bereits zuvor und dort gemeinsam mit Kollege **Jorgo Chatzimarkakis** als Stellvertreter der Vorsitzenden der FDP-Delegation im Europaparlament, **Silvana Koch-Mehrin**, bestimmt wurde. Die Berliner Liberalen sind mit Parteifreundin **Alexandra Thein** aus Steglitz-Zehlendorf erstmals im Europaparlament vertreten.

(au) Die Mitglieder des transatlantischen Vereins Atlantik-Brücke haben **Friedrich Merz** (CDU) einstimmig zum neuen Vorsitzenden gewählt. Merz gilt vielen Liberalen auch als herausragender Kandidat, deutsches Mitglied der kommenden EU-Kommission zu sein.

(au) Die FDP-Fraktion im baden-württembergischen Landtag hat **Hans-Ulrich Rülke** am 16. Juni zum neuen Fraktionschef gewählt. Er folgt auf **Ulrich Noll**, der im ersten Wahlgang nicht wieder gewählt worden war.

## Leserbriefe

### *André Schmiljun (BV Marzahn-Hellersdorf)*

Die Welt zu Füßen in Marzahn – Keiner hätte gedacht, dass mit dem 1994 unterschriebenen Vertrag einer Städtepartnerschaft zwischen Peking und Berlin dieser wunderschöne Park hätte entstehen können. Die Rede ist vom Chinesischen Garten in Berlin Marzahn. Hierher luden die beherzte und leidenschaftlich für die FDP engagierte Frau Kleemann aus dem Ortsverband Gendarmenmarkt in Mitte und Herr Sebastian Czaja, Abgeordneter für Marzahn-Hellersdorf der FDP-Fraktion, zu einer traditionellen chinesischen Teezeremonie ein. Bevor es aber Tee gab, wurde die Geschichte und Architektur der blumenreichen Anlage vorgestellt. Diese ist in ihrer Gestalt entsprechend fachkundiger Einschätzungen Chinas Jahrtausende alter Gartenkunst nachempfunden worden. Die Eröffnung fand passend zur Jahrtausendwende statt. Des Gartens seit der Grundsteinsetzung eigentlicher Name: „Garten des wieder gewonnenen Mondes“ symbolisiert dabei die Wiedervereinigung der früher geteilten Hauptstadt Berlin, welche dieses Jahr zum 20. Mal begangen wird.

### *Peter Lundkowski (OV Wedding)*

Das Thema Jahrgangsübergreifendes Lernen („JÜL“) hat im letzten Monat zu heftigen Kontroversen in der Öffentlichkeit geführt. Mit der Einführung des jahrgangsübergreifenden Lernens 2004 waren etliche Hoffnungen verbunden, z.B. eine bessere individuelle Förderung der Schüler nach dem Motto: die schwachen Kinder intensiv fördern, die starken, begabten Kinder gezielt fördern. Für das Schuljahr 2007/08 ergaben sich nun für Berlin ernüchternde Werte. Einige Gründe für dieses Ergebnis sind: Die fehlende Vorklasse, in der gezielt gefördert wurde, insbes. in Bezug auf die Basisfähigkeiten, das frühere Einschulungsalter, sowie der Verzicht auf Rückstellung bei fehlender Schulreife. Zusammenfassend kann man folgendes Fazit ziehen: Wie so oft in der Landschaft der gegenwärtigen Schulreformen auch hier eine richtige pädagogische Idee, die aber durch unzureichende Rahmenbedingungen nicht voll wirksam werden kann.

Wir freuen uns über Post.  
Bitte senden Sie Ihren Leserbrief an  
[redaktion@liberal-central.de](mailto:redaktion@liberal-central.de)  
Wir behalten uns vor, Leserbriefe nicht zu  
veröffentlichen oder zu kürzen.

## Schlusswort

### **Der Staat als Retter**

#### *von Ingo Kamps*

Wo zieht man die Grenze, wenn der Staat in der Wirtschaftskrise als Retter auftritt? Muss der Staat jedem Unternehmen helfen, das unverschuldet oder durch eigene Fehler ins Trudeln gerät? Die Frage lässt sich in meinen Augen nicht einfach mit „ja“ oder „nein“ beantworten.

Grundsätzlich soll sich der Staat nicht als Unternehmer betätigen. Er kann es nicht besser und die Beispiele der Vergangenheit haben gezeigt, dass solche Versuche im Nachgang meistens scheitern. Dennoch möchte ich der Regierung ihre grundsätzlichen Bemühungen nicht vorwerfen. Es geht um Arbeitsplätze, menschliche Schicksale und deutsche Traditionsunternehmen.

Inakzeptabel ist hingegen, wenn bei diese Rettungsversuche nicht streng auf das notwendige Zukunftspotential oder eine zu erwartende Generationenrendite geachtet werden, sondern lediglich wahltaktische Überlegungen im Vordergrund stehen. Es kann nicht sein, dass Arbeitsplätze mit Steuergeldern kurzfristig gerettet werden, um ein Jahr später dennoch verloren zu gehen – mitsamt des eingesetzten Geldes von uns Bürgern.

Ich habe großes Verständnis für die Angestellten betroffener Unternehmen, die an der Misere die wenigste Schuld haben und sich selbstverständlich Hilfe durch den Staat erhoffen. Wäre ich selbst in einem dieser Unternehmen beschäftigt, vielleicht wären meine Argumente die gleichen.

Trotzdem muss man auch erkennen, dass ein Eingriff des Staates mit Steuergeldern niemals gerecht sein kann. Was Mitarbeitern von Opel oder Karstadt hilft, schadet im gleichen Atemzug Mitarbeitern von VW oder Kaufhof. Im schlimmsten Fall kann es vorkommen, dass durch die Finanzhilfen für todgeweihte Unternehmen die gesunden Mitbewerber auch ins Schlingern kommen.

Und es steht zu befürchten, dass in ein paar Jahren die Frage gestellt wird, wo das ganze Rettungsgeld geblieben ist. Zurückholen lässt es sich dann nicht mehr.

Ich bin nicht grundsätzlich gegen Staatshilfen in besonderen Situationen. Und doch... Wo zieht man die Grenze?

Termine

**Juli 2009**

- 09.07 19.00h OV Wedding & Henner Schmidt MdA: **Diskussionsveranstaltung** „Ein neues Gewand für den Iran“ – mit Saba Farzan und Benjamin Weinthal – anschließend kleiner Empfang – im Berliner Abgeordnetenhaus (Niederkirchenerstr. 3-5), Raum 320
- 14.07 19.00h OV Gendarmenmarkt & OV Hackescher Markt: **Gemeinsames Sommerfest** – im „Deckshaus“ (ein fest gemachtes Schiff am alten Hafen am Märkischen Ufer)
- 16.07 11.00h FNSt: **Eröffnung der Ausstellung** zu Ehren und zum 90. Geburtstag von Walter Scheel – Reinhardtstraßenhöfe (Reinhardtstr. 14)
- 16.07 19.30h Liberale Frauen Berlin: **Buchvorstellung** – Frau Prof. Schmalz „No Economy - wie der Gratiswahn das Internet zerstört“ – im AGH (Niederkirchener 3-5), Raum 107
- 24.07 18.30h LV Berlin: **Konstituierende Sitzung** des Fachausschusses 13 Tierschutz – im Berliner Abgeordnetenhaus (Niederkirchenerstr. 3-5), Raum 107
- 24.07 20.00h OV Wedding: **Sommerevent** – Besuch der Aufführung „Gutes Wedding - schlechtes Wedding“ im Prime-Time-Theater (Müllerstr.) – anschl. Treffen im Biergarten
- 29.07 20.00h OV Gendarmenmarkt: **Liberaler Stammtisch** – Info [www.fdp-gendarmenmarkt.de](http://www.fdp-gendarmenmarkt.de)

**August 2009**

- 01.08 16.00h JuLis Mitte: **Sommerfest** im Mauerpark
- 04.08 20.00h JuLis Mitte: **Mitglieder- u. Interessententreffen** im Café Ré (Märkisches Ufer 22)
- 26.08 20.00h OV Gendarmenmarkt: **Liberaler Stammtisch** – Info [www.fdp-gendarmenmarkt.de](http://www.fdp-gendarmenmarkt.de)
- 28.08 BV Mitte: **Sommerfest** – Info [www.fdp-mitte.de](http://www.fdp-mitte.de)

**September 2009**

- 01.09 20.00h JuLis Mitte: **Mitglieder- u. Interessententreffen** im Café Ré (Märkisches Ufer 22)
- 07.09 20.00h OV Hackescher Markt: **Mitgliederversammlung** – im Simon (Auguststr. 53)
- 08.09. 20.00h OV Gendarmenmarkt: **Mitgliederversammlung** im Löwenbräu (Leipziger Str. 65)
- 09.09 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Arema (Birkenstr. 33)
- 27.09 11.30h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** (das Original) – im Walhalla (Krefelder Str. 6)
- 27.09 WAHL ZUM DEUTSCHEN BUNDESTAG
- 30.09 20.00h OV Gendarmenmarkt: **Liberaler Stammtisch** – Info [www.fdp-gendarmenmarkt.de](http://www.fdp-gendarmenmarkt.de)

**Termine im Bezirk werden laufend aktualisiert unter [www.fdp-mitte.de](http://www.fdp-mitte.de)**

Alle Veranstaltungen und Sitzungen sind, soweit hier genannt, öffentlich.

Liberal Central erscheint monatlich außer August. Redaktionsschluss ist der erste Tag jedes Monats. LC wird um den fünften Tag des Monats als Datei auf der Webseite [www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de) eingestellt und als e-mail versendet. Print-Ausgaben werden um den zehnten Tag des Monats verschickt.

Weitere Hinweise, alle früheren Ausgaben und mehr finden Sie unter [www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de).

Den Chefredakteur und alle OV-Redakteure erreichen Sie unter [redaktion@liberal-central.de](mailto:redaktion@liberal-central.de).